

Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages
Umwelt- und Baupolitische Sprecherin der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

24.03.2015

Sich den Herausforderungen der Zeit stellen

Dass wir uns auf die Herausforderungen der Zukunft immer wieder neu einstellen müssen, hat auch das parlamentarische Programm der letzten Woche im Bundestag gezeigt. Wir nutzen die Zeit der guten Konjunktur dazu, das Land weiter zukunftsfest zu machen – mit einer Stärkung von Infrastruktur, Forschung und Wissenschaft. So wie es Wolfgang Schäuble bereits für den Bundeshaushalt 2015 vorgemacht hat, werden auch die künftigen Haushalte ohne Neuverschuldung auskommen. Dazu hat der Bundesfinanzminister dem Bundeskabinett die Eckwerte für den Bundeshaushalt 2016 sowie den Finanzplan bis 2019 zum Beschluss vorlegt. Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, kommen wir damit auch bis 2019 ohne neue Schulden aus.

Gleichzeitig steigen die Investitionen. Finanzschwache Kommunen werden mit einem Fonds für Infrastruktur unterstützt. Zudem erhalten Länder und Kommunen eine halbe Milliarde Euro für Ausgaben zugunsten von Asylbewerbern. Wir appellieren vor allem an die SPD-geführten Länder, ebenfalls für ausgeglichene Haushalte und ein Ende der Kreditaufnahmen zu sorgen. Sonst geht ihnen die notwendige Kraft für die Gestaltung ihrer ureigenen Aufgaben verloren. Statt beispielsweise immer neue Pläne zu machen, wie das Schulsystem ideologisch umgestaltet werden soll, ist Solidität gefragt. Die Länder müssen hier Ihre Hausaufgaben machen.

Solidität und Sicherheit erlangen auch in der Informationstechnik immer größere Bedeutung. Während die CeBIT in Hannover stattfindet, haben wir in dieser Woche mit dem IT-Sicherheitsgesetz einen wesentlichen Bestandteil zur Umsetzung der Digitalen Agenda auf den Weg gebracht. Nicht nur Bürger und Verwaltungen in unserem Land sind zunehmend vernetzt, auch das Wirtschaftsleben ist immer stärker digital geprägt. Daher ist es entscheidend, kritische Infrastrukturen zu schützen. Das Gesetz benennt daher Mindestniveaus für IT-Sicherheit derjenigen Einrichtungen, die für das Gemeinwesen unverzichtbar sind. Die effektive Überwachung der Sicherheit dieser Infrastruktur erfolgt durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) mit entsprechenden

Meldepflichten und Informationsleistungen. Der direkte Schutz der Bürger soll über die Verpflichtung der Telekommunikationsanbieter zur Verwendung einer IT-Sicherheit nach Stand der Technik verbessert werden. Auch hier ist eine Meldepflicht bei IT-Sicherheitsfällen vorgesehen. Ferner soll der Anteil des BSI an der Erstellung des Sicherheitskatalogs für Telekommunikationsnetzbetreiber ausgebaut werden. Auch soll das Bundeskriminalamt (BKA) im Bereich Cyberkriminalität wegen der zunehmenden Zahl von IT-Angriffen gegen Bundeseinrichtungen und gegen bundesweite kritische Infrastrukturen in seinen Rechten gestärkt werden.

Anlässlich der Sitzung des Europäischen Rates in dieser Woche haben wir festgehalten, dass Europa gerade angesichts der Herausforderungen von außen und innen weiter gefestigt und selbstbewusst zusammenstehen muss. Im Mittelpunkt intensiver Beratungen dieses Rates stehen u.a. der vom neuen EU-Kommissionspräsidenten vorgeschlagene Investitionsfonds sowie die europäische Energieunion. Wegen der Politik des russischen Präsidenten sind hier gezielte Schritte zur Reduzierung der Energieimporte von hoher Bedeutung.

Ohne Frage wird die EU durch das Verhalten einiger weniger Partner belastet. Die Bundesregierung reagiert darauf besonnen und mit klaren Signalen, die sowohl deeskalieren als auch deutliche Grenzen setzen. Wir rufen unsere Partner innerhalb und außerhalb der EU auf, zu einem ehrlichen und respektvollen Umgang zurückzukehren. Dazu gehört, eingegangene Verpflichtungen einzuhalten – nur dann ist Zusammenarbeit möglich. Solidarität gibt es nur auf der Grundlage von Verlässlichkeit. Die EU ist eine Rechts- und Wertegemeinschaft. Sie kann nur gelingen, wenn alle die eingegangenen Regeln und Verpflichtungen einhalten und – bei allen möglichen Differenzen in der Sache – einen partnerschaftlichen Umgang pflegen. Die unnötige Schärfe, die z.B. von Griechenland in die Diskussion gebracht wird, wird die griechischen Probleme nicht lösen.

Deutscher Mittelstand vergeist

Das Durchschnittsalter der Firmenchefs im deutschen Mittelstand steigt rasant an, belegt eine repräsentative Studie von KfW Economic Research, über die die "Welt am Sonntag" berichtet, die in der Zeitung *Die Welt* nachzulesen ist. Das hat fatale Auswirkungen, denn umso älter ein Entscheider ist, desto weniger investiert er in die Zukunft der Firma. (<http://www.welt.de/wirtschaft/article138652574/Deutscher-Mittelstand-vergeist.html>)

EU-Sofortmaßnahmen für Deutschland

Die EU-Kommission bewilligte aus dem europäischen Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds über 7 Millionen Euro für Soforthilfemaßnahmen und reagiert damit auf die steigende Zahl von Asylanträgen in Deutschland. Die Mittel stammen aus einem gesonderten Haushaltstopf für Notsituationen und werden von der Europäischen Kommission verwaltet. Das Geld steht ab sofort für Maßnahmen der Bundesländer und des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zur Verfügung. Das Bundesamt regelt die Verteilung der Gelder, mit denen unter anderem der kurzfristige Ausbau von Flüchtlingsunterkünften in den Ländern finanziell unterstützt wird. (<http://www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2015/20150317-AMIF-soforthilfen.html>)

Bachelor sind gefragt

Die Umstellung auf die Studienabschlüsse Bachelor und Master ist eines der bekanntesten Ergebnisse des Bologna-Prozesses. Wie weit der Prozess fortgeschritten ist - darüber hat die Bundesbildungsministerin dem Kabinett berichtet. Ein Ergebnis: Bachelor-Absolventen haben gute Berufsaussichten. Fast jeder zweite Bachelorabsolvent einer Fachhochschule (FH) und jeder vierte einer Universität entscheidet sich für den direkten Berufseinstieg. Die jungen Menschen finden ähnlich schnell eine erste Beschäftigung und sind genauso zufrieden mit ihrer beruflichen Tätigkeit wie Absolventen traditioneller Studiengänge. Die Unternehmen setzen Bachelorabsolventen niveau- und fachadäquat ein. Bachelor-Absolventen waren ein Jahr nach Studienabschluss genauso selten arbeitslos wie alle anderen Akademiker. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen beschäftigen immer mehr Mitarbeiter mit Bachelor- und Masterabschluss. (<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2015/03/2015-03-18-bologna-bericht.html>)

Preis für Klima und Umwelt 2015 ausgeschrieben

Bundesumweltministerium und BDI suchen die besten Innovationen für Klima und Umwelt. In fünf Kategorien werden innovative Technologien, Techniken, Verfahren, Prozesse, Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle für den Klima- und Umweltschutz ausgezeichnet, wobei die fünfte Kategorie speziell den Transfer solcher Innovationen in Entwicklungs- und Schwellenländer und in Staaten Osteuropas würdigt. Die Bewerbungsphase für den Deutschen Innovationspreis für Klima und Umwelt (IKU) läuft bis zum 22. Mai 2015. Dabei können sich deutsche Unternehmen und Forschungseinrichtungen mit herausragenden Innovationen im Bereich Klima- und

Umweltschutz um den bereits zum fünften Mal ausgeschriebenem Preis bewerben. Mit insgesamt 125.000 Euro werden innovative Prozesse, Produkte und Dienstleistungen prämiert sowie klima- und umweltfreundliche Technologietransferlösungen für Schwellen- und Entwicklungsländer. (<http://www.iku-innovationspreis.de/iku-innopreis/index.php>)

Keine Gefahr für Daseinsvorsorge

Weder die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) noch das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA) werden zu einer Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen oder der Daseinsvorsorge führen: Bei einem Treffen am letzten Freitag stellten die EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström und ihr US-amerikanischer Amtskollege Michael Froman klar, dass es durch TTIP und TiSA keine Beschränkungen in der Entscheidungs- und Handlungsfreiheit von Regierungen und Kommunen geben werde. Kein EU- und US-Handelsabkommen könne auf welcher Ebene auch immer Regierungen davon abhalten, öffentliche Dienstleistungen wie Bildung, Wasserversorgung, Gesundheitswesen oder Sozialfürsorge anzubieten und zu unterstützen. (http://europa.eu/rapid/press-release_STATEMENT-15-4646_en.htm und Informationen zu TTIP unter: http://ec.europa.eu/trade/policy/in-focus/ttip/index_de.htm)

Auto einfach online abmelden

Die Online-Ausweisfunktion des Personalausweises ermöglicht die Abmeldung von Kraftfahrzeugen im Internet. Der Gang aufs Amt ist für Bürgerinnen und Bürger, die die eID-Funktion des Ausweises freigeschaltet haben, nicht mehr nötig. Seit 1. Januar 2015 werden Nummernschilder für Kfz mit speziellen Plaketten versehen. Mit Hilfe eines verdeckten Sicherheitscode auf den Plaketten und in den Zulassungsbescheinigungen können die Besitzer ihre Fahrzeuge, die seit dem 1. Januar 2015 angemeldet wurden, nunmehr über das Internet mithilfe der eID-Funktion abmelden. Die verschlüsselte Übertragung der Daten mithilfe der Online-Ausweisfunktion ermöglicht die sichere und einfache Identifizierung des Fahrzeughalters. Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt betont: "Die Online-Abmeldung ist der erste Schritt einer internetbasierten Fahrzeugzulassung. Mit dem Online-Verfahren sparen Bürger und Zulassungsbehörden Geld und Zeit. Das gesamte Zulassungssystem wird effektiver und kostengünstiger."

Zitat

„Vielleicht haben Sie von draußen ein anderes Bild von unserer Beziehung, aber die ist doch sehr positiv.“ (Der griechische Regierungschef Alexis Tsipras am Montagabend bei seinem Antrittsbesuch in Berlin über seine Beziehung zu Bundeskanzlerin Angela Merkel)